



MEDIENMAPPE

VOLKSINITIATIVE
FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG
VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN
«KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE»

Medienkonferenz vom 11. April 2017, 10 Uhr
Politforum Käfigturm, Bern

Bündnis für ein Verbot von Kriegsgeschäften
www.kriegsgeschaefte.ch, initiative@kriegsgeschaefte.ch



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

INHALT

Medienmitteilung und Kontakte	3
Beiträge Medienkonferenz	4
Bündnis für ein Verbot von Kriegsgeschäften	11
Initiativkomitee	12
Kurzargumentarium	13
Hauptargumente	16
FAQ	17
Quellen	20
Beilage: Unterschriftenbogen	21



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

MEDIENMITTEILUNG: KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE IST LANCIERT

Heute Morgen wurde die Kriegsgeschäfte-Initiative der GSoA und der Jungen Grünen offiziell lanciert. Die Initiative will der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten einen Riegel schieben.

Früh am Morgen sorgte Friedensaktivistin Louise Schneider für eine spektakuläre Aktion zur Lancierung der Kriegsgeschäfte-Initiative: Die 86-Jährige sprayte die Worte «Geld für Waffen tötet!» an die Wand der Nationalbank. Im Anschluss fand eine Pressekonferenz des Bündnisses für ein Verbot von Kriegsgeschäften statt. Das Bündnis wird von der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und von den Jungen Grünen Schweiz angeführt, insgesamt sind bisher 39 Organisationen und Parteien dabei.

Magdalena Küng, GSoA-Sekretärin, sagte an der Pressekonferenz: «Die Kriegsgeschäfte-Initiative will insbesondere der SNB und den Pensionskassen verbieten, in Kriegsmaterialproduzenten zu investieren. Zudem soll der Bund auf internationaler und nationaler Ebene entsprechende Bedingungen für Banken und Versicherungen fördern.»

Der Co-Präsident der Jungen Grünen, Luzian Franzini, unterstrich die Dringlichkeit der Initiative: «Heutzutage wird weltweit für fast 400 Milliarden Dollar Kriegsmaterial verkauft. Die Kriegsmaterialkonzerne profitieren ganz direkt von Kriegen und Konflikten.»

SP-Nationalrat Angelo Barrile hob die Bedeutung des Schweizer Finanzplatzes hervor: «Wir haben einen der grössten und wichtigsten Finanzplätze der Welt. Wenn wir aufhören in Kriegsmaterialkonzerne zu investieren, ist das ein starkes Zeichen.»

Aktuell besteht zwar ein Finanzierungsverbot für verbotenes Kriegsmaterial im Gesetz. Dieses greift aber nicht. Seit der Einführung dieser Gesetzesartikel sind die Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten, die verbotenes Kriegsmaterial herstellen, sogar noch gestiegen. Am Jahresende 2016 hatte die SNB mindestens 800 Millionen Dollar in US-amerikanische Atomwaffenproduzenten investiert, die Pensionskassen zwischen 4 und 12 Milliarden in Kriegsmaterialproduzenten und die UBS und die Credit Suisse haben zusammen ein Investitionsvolumen von mindestens 6 Milliarden.

KONTAKTE

- **Magdalena Küng** GSoA-Sekretärin: 079 193 90 41
- **Youniss Mussa** GSsA-Sekretär: 076 679 63 12
- **Luzian Franzini** Co-Präsident Junge Grüne Schweiz: 079 781 77 36
- **Angelo Barrile** Nationalrat SP: 079 669 29 11
- **Lisa Mazzone** Nationalrätin Grüne: 077 404 16 08
- **Silvio Krauss** Geschäftsleiter Oikocredit deutsche Schweiz: 079 233 68 81

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»



BEITRÄGE MEDIENKONFERENZ

KRIEGSGESCHÄFTE WELTWEIT – ZUR HEUTIGEN SITUATION

Luzian Franzini, Co-Präsident Junge Grüne

Wir leben im Zeitalter der Rekorde: Seit dem 2. Weltkrieg waren nicht mehr so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Momentan sind es mehr als 60 Millionen Männer und Frauen, vom Kind bis zum Greis, welche ohne Obdach auf der Suche nach einer besseren Zukunft sind. Während hier in Europa vor allem über die tragischen Meeresunglücke und die finanziellen Aspekte der Migration gesprochen wird, bleiben die Ursachen für die grösste humanitäre Katastrophe der Menschheit ziemlich verborgen und diffus. Dabei wäre der Fall eigentlich klar: Nebst Klimawandel und entfesseltem Kapitalismus ist es der Krieg, welcher den Menschen die Existenz unter den Füßen wegzieht.

Die unsichere Weltlage schlägt sich auch bei den Investitionen in Kriegsmaterial nieder. So stiegen die globalen Waffenexporte in den Nahen Osten seit 2006 +61% und weltweit rüsten Staaten ihr Militärarsenal auf. Jährlich werden deshalb Waffen und andere militärische Güter im Gesamtwert von mindestens 400 Milliarden US Dollar verkauft. Diese globale Gewinnmaschinerie ist an Zynik kaum zu übertreffen, denn viele Kriegsmaterialproduzenten verkaufen gleichzeitig auch noch Material für den Grenzschutz. Indem sie die von ihren Waffen vertriebenen Menschen an einem friedlichen Leben in Europa hindern, profitieren sie doppelt von der selbstgemachten Unsicherheit.

Die grossen Waffenproduzenten wie Lockheed Martin oder BAE Systems konnten in den letzten Jahren Milliardengewinne verbuchen. Sowohl am 11. September 2001 wie auch bei den blutigen Anschlägen in Paris im November 2015 stiegen die Aktien dieser menschenfeindlichen Unternehmen massiv an. Auch der als Reaktion auf solche Terroranschläge erfolgte «Krieg gegen den Terror» hatte fatale Folgen: Das Erstarken fundamentalistischer Organisationen («Islamischer Staat»), und die Mitauslösung anderer Kriege wie des syrischen Bürgerkrieges sind ein direktes Resultat von westlichen Militärinterventionen und Waffenlieferungen.

Gerade die bürgerlichen Parteien trugen mit ihrer neoliberalen Haltung bei Investitionen und Exporten massiv zu dieser unsicheren Weltlage bei. Renditegetriebene Finanzinstitute nähren die Konflikte, welche die offizielle Schweiz mit diplomatischen Mitteln zu lösen versucht. Wahre Sicherheit schafft die Schweiz nicht, indem sie Milliarden in einem unsinnigen Militär verpulvert, sondern indem sie bei den Ursachen der Gefahren ansetzt. Die Schweiz ist als der grösste grenzüberschreitende Finanzverwalter der Welt mitschuldig an den heutigen Kriegen.

Die Finanzierung von Kriegsgeschäften geschieht global. Schweizer Finanzakteure investieren beispielsweise in Fonds, in denen Kriegsmaterialproduzenten abgebildet sind. Bis heute muss kein Finanzakteur ausweisen, ob er auch in Kriegsmaterialproduzenten investiert. Bekannt ist aber, dass auch Milliardenbeträge in Atomwaffen und in anderes international geächtetes Kriegsmaterial investiert wird. So hat z.B. allein die Nationalbank im letzten Jahr 800 Millionen Dollar in US-Amerikanische Atomwaffenproduzenten investiert. Spareinlagen und Pensionsgelder von uns allen

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

werden in die undurchsichtige, intransparente und korrupte Waffenindustrie investiert, ohne dass wir dies verhindern könnten. Die Initiative soll dazu beitragen, dass wir wieder mitbestimmen können, was mit unserem Geld passiert und sicher sind, dass es nicht zu noch mehr Unsicherheit und Krieg führt.

Für die Jungen Grünen ist deshalb klar: In Zeiten einer solch unsicheren Weltlage braucht es wieder eine starke und breite pazifistische Bewegung. Die Kriegsgeschäfte-Initiative setzt bei den Ursachen von viel Leid, Krieg und Tod an. Die Schweiz als neutraler Staat kann und muss in diesem Bereich mit gutem Beispiel vorangehen. Wir InitiantInnen sind überzeugt: Eine andere Welt ist möglich!

DIE VERANTWORTUNG DER SCHWEIZ

Angelo Barrile, Nationalrat SP

Die Schweiz mit ihrer humanitären Tradition und dem Finanzplatz steht aus mehreren Gründen in besonderer Verantwortung, die Finanzierung der Kriegsmaterialproduzenten zu verbieten.

Zuerst einmal ist die Schweiz einer der grössten und bedeutendsten Finanzplätze weltweit. Es gibt in der Schweiz mehr als 260 Banken, die über 6,6 Billionen Franken Vermögen verwalten. Die Gelder stammen in etwa zur Hälfte aus der Schweiz, die andere Hälfte aus dem Ausland. Somit ist die Schweiz mit einem Marktanteil von 25% die wichtigste Akteurin im weltweiten grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft.¹ Daneben existieren zahlreiche Lebens-, Schaden- und Rückversicherungen, die zusammen über eine Bilanzsumme von 654 Milliarden Franken verfügen.²

Nebst den Banken und Versicherungen, kommen diverse öffentlich-rechtliche Finanzinstitute hinzu. Wichtigste Institution ist hier die Schweizerische Nationalbank (SNB) mit einer Bilanzsumme von 640 Milliarden Franken.³ Hinzu kommt der Ausgleichsfonds der AHV (34,8 Milliarden).⁴ Und es gibt in der Schweiz knapp 1800 Pensionskassen, die über eine Bilanzsumme von mehr als 788 Milliarden Franken verfügen.⁵

All diese Finanzakteure erwirtschaften jedes Jahr grosse Gewinne, die sie neu investieren können. Einzelne Institutionen kennen durchaus Richtlinien zu ethischen Anlagen oder Handlungen, doch nur selten werden Investitionen in die todbringende Rüstungsindustrie konsequent ausgeschlossen.⁶

Das Geld der Schweizer Pensionskassen und der Nationalbank - also unser aller Geld- soll nicht länger zur Finanzierung von Kriegsmaterial und somit zur Unterstützung der Kriege weltweit missbraucht werden. Und idealerweise soll die Schweiz auch nicht länger Drehscheibe sein für diese todbringenden Geschäfte. Denn das Geld, das über den Schweizer Finanzplatz in die Rüstungsindustrie gelangt, macht uns zu KomplizInnen der Konzerne, die Profit aus diesen Kriegen schlagen.

Die Schweiz steht aber auch in besonderer Verantwortung, weil sich Kriegsgeschäfte nicht mit der Schweizer Neutralität und der humanitären Tradition vereinbaren lassen. Als Arzt bin ich dem Wohl der Menschen verpflichtet und darum besonders stolz auf die humanitäre Tradition unseres Landes.

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

Als Schweizer Bürger bin ich jedoch nicht stolz darauf, dass die Schweiz, Konflikte und Kriege weltweit anheizt und finanziell davon profitiert. In Anbetracht der positiven Rolle der Schweiz in der Konfliktvermittlung ist es geradezu zynisch, dass dieselbe Schweiz Kriege und Konflikte weltweit verhindern möchte und gleichzeitig mitfinanziert.

Das Bündnis «Für ein Verbot von Kriegsgeschäften» will mit der Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» erreichen, dass unsere Pensionskassen und die Nationalbank nicht mehr in die Rüstungsindustrie investieren dürfen. Die Schweiz als neutrales Land und als Depositärstaat der Genfer Konventionen darf diese Politik der Profitmaximierung auf Kosten von Menschenleben nicht verantworten.

WIESO DAS HEUTIGE FINANZIERUNGSVERBOT NICHT REICHT

Lisa Mazzone, Nationalrätin Grüne

Obwohl die Schweiz viele internationale Abkommen ratifiziert hat, welche die Regulierung von Kriegsmaterialien betreffen, weist die aktuelle juristische Situation grosse Lücken auf. Es kann nicht das Ziel sein, solche Verträge nur zu unterzeichnen, konkrete Handlungen müssen folgen. Dies beinhaltet auch die Finanzierung von Kriegsmaterialien und Waffen, welche sich gerade im Fall der Schweiz in Milliardenhöhe abspielt.

Die Schweiz hat bei der Ausarbeitung des internationalen Waffenhandelsgesetzes (ATT, von English Armes Trade Treaty) eine wichtige Rolle gespielt. Die Generalversammlung der UNO hat diesen Vertrag im Dezember 2013 verabschiedet, die Schweiz hat ihn im Januar 2015 ratifiziert. Beim ATT handelt es sich um das erste Abkommen überhaupt, das Waffenlieferung in Gebiete explizit verbietet, in denen damit gerechnet werden muss, dass die Waffen menschenrechtswidrig eingesetzt werden. Allerdings werden weder die Produktion von Waffen noch deren Finanzierung thematisiert. Während viele Staaten das Abkommen noch nicht unterschrieben, geschweige denn ratifiziert haben (beispielsweise die USA), verpassen es andere, die Intention und Idee des Vertrags in ihrer Gesetzgebung konsequent umzusetzen.

Neben diesem ATT gibt es weitere Verträge, welche Herstellung, Gebrauch und Verkauf von Waffen betreffen. Einer der wichtigsten dabei ist das Übereinkommen über Streumunition, auch bekannt als Oslo-Vertrag. Es verbietet die Verwendung, Entwicklung und Produktion von Streuwaffen, eigentlich also eine generelle Ächtung solcher Waffen. Leider gehören gewisse Länder, die in Konflikte verwickelt sind, nicht zu den 119 Unterzeichnungsstaaten. Auch Grossmächte wie China, Russland oder die USA haben das Übereinkommen nicht übernommen, eine äusserst bedenkliche Lücke. Auch die Chemiewaffenkonvention von 1993 ist noch nicht von allen Staaten unterzeichnet, es fehlen der Südsudan, Ägypten, und Nordkorea. Weitere internationale Verträge betreffen Atom- oder Biowaffen.

Was aber bedeuten all diese Verträge für die Schweizer Gesetzgebung? Im Kriegsmaterialgesetz wurden einige der international vorgegebenen Anstrengungen umgesetzt. Art. 8b und 8c KMG verbieten die

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»

MEDIENMAPPE – BEITRÄGE MEDIENKONFERENZ



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

direkte und indirekte Finanzierung von geächtetem Kriegsmaterial. Dass diese Bestimmungen leicht umgangen werden können, zeigen die aktuellen Zahlen zu Schweizer Kriegsgeschäften. Tatsächlich bestraft das Gesetz nur dann die indirekte Finanzierung, wenn damit absichtlich die direkte umgangen wird. Der Eventualvorsatz wurde explizit ausgeschlossen (Art. 35b Abs. 3 KMG). Die Unmöglichkeit, eine tatsächliche Umgehung der direkten Finanzierung nachweisen zu wollen, ist evident. Was die Finanzierung von konventionellem Kriegsmaterial betrifft, kennt die Schweiz noch überhaupt keine Regulierung.

Jedes Jahr landen Milliarden von Franken über den Finanzplatz Schweiz in der internationalen Rüstungsindustrie, ohne dass diese Handlungen das Schweizer Recht verletzen würden. Diese Nachlässigkeit hinterlässt blutige Flecken auf dem Bild der neutralen, humanitären Schweiz. Es ist höchste Zeit, dem Geschäft mit dem Tod den Riegel zu schieben. Unser Geld finanziert Produkte, die auf der ganzen Welt gegen Menschen eingesetzt werden. Auch die SNB und unsere Pensionskassen sind daran beteiligt, und dies, obwohl wir uns an konsequenten Vorbildern orientieren können: Die Pensionskasse von Genf beispielsweise, welche Rüstungsindustrie aus ihrer Anlagestrategie ausschliesst.

ERLÄUTERUNGEN ZUM INITIATIVTEXT

Magdalena Küng, GSoA-Sekretärin

An diesem Punkt setzt die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» ein: Weil das heutige Finanzierungsverbot im KMG ungenügend ist, fordern wir eine wirkungsvolle Unterbindung der Kriegsgeschäfte von Schweizer Finanzakteuren. Die Ausführungen von Luzian Franzini zu den aktuellen Kriegsgeschäften der Schweiz zeigen, dass dies dringend notwendig ist. Die Kriegsgeschäfte-Initiative verlangt, dass sowohl direkte als auch indirekte Finanzierungsformen gänzlich verboten werden. Von Schweizer Finanzakteuren soll kein Geld mehr in die weltweite Rüstungsindustrie fließen.

Die Initiative definiert die Verbotene Handlung sehr genau. Sowohl die Gewährung von Krediten oder ähnlichen finanziellen Vorteilen, als auch die Beteiligung an Kriegsmaterialproduzenten, beispielsweise in Form von Aktien, sind verboten. Ebenfalls verboten wird die Beteiligung an Fonds, strukturierten Produkten oder anderen Anlagevehikeln, die Kriegsmaterialproduzenten abbilden, bzw. deren Anlageprodukte enthalten.

Als Kriegsmaterialproduzenten gelten alle Unternehmen, unabhängig von ihrem Firmensitz, wenn sie mehr als 5% ihres jeweiligen Jahresumsatzes mit der Produktion von Kriegsmaterialien erwirtschaften. Dass Schweizer Gelder, beispielsweise Rentengelder, in die internationale Rüstungsindustrie fließen, muss verboten werden.

Gelten soll dieses Verbot für die SNB, für Einrichtungen der beruflichen und staatlichen Vorsorge und für Stiftungen. Der Bund wird zudem beauftragt, für Banken und Versicherungen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler sinnliche Bedingungen auszuarbeiten.

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»

MEDIENMAPPE – BEITRÄGE MEDIENKONFERENZ



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

WAS KANN DIE INITIATIVE BEWIRKEN?

Youniss Mussa, GSsA-Sekretär

Das Ziel der Initiative ist es, die Beteiligungen des Schweizer Finanzplatzes an internationalen Rüstungs- und Kriegsgeschäften aufzuzeigen und die Frage nach ethischen Verpflichtungen im Finanzbereich zu stellen. Indem sich die Schweiz finanziell an der internationalen Rüstungsindustrie beteiligt, wird sie mitschuldig an der Vertreibung von Millionen von Menschen, die vor Krieg und Konflikten fliehen und ihre Länder verlassen müssen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg gab es nicht mehr so viele Flüchtlinge wie heute. Viele dieser Menschen flüchten vor aktuellen Kriegen und Konflikten, oder vor den Folgen vergangener Kriege. Die Rüstungsindustrie profitiert von diesen Konflikten und heizt sie mit ihren Waffenlieferungen zusätzlich an. Die Initiative bekämpft Fluchtursachen, indem sie für weniger Waffen in Kriegsgebieten sorgt.

Nach Angaben von Amnesty International sterben jedes Jahr mindestens eine halbe Million Menschen in Kriegen. Viele Weitere werden gezwungen, ihr Land zu verlassen, Familien werden getrennt und alle Betroffenen stark traumatisiert. Kinder wachsen ohne ihre Eltern auf, ihnen wird jegliche positive Zukunftsperspektive versagt. All diese tragischen Tatsachen werden tagtäglich in den Medien diskutiert, ohne das jemals auf ihre Ursachen eingegangen wird. Zukünftige Konflikte können nur dann verhindert werden, wenn man ihre Ursachen bekämpft. Die Finanzierung von Kriegsmaterial ist ein Teil davon: Die in Konflikten verwendeten Waffen werden selten durch die Konfliktparteien selbst hergestellt, sondern aus anderen Ländern eingekauft. Die Schweiz darf sich an diesem Geschäft nicht beteiligen.

Um überhaupt produzieren zu können, ist jeder Rüstungskonzern auf Vorfinanzierung angewiesen. Dieses Geld beziehen sie beispielsweise in Form von Krediten bei Banken, oder aber sie lassen sich vorfinanzieren, indem sie Wertschriften veräussern. Diese Wertschriften kommen in diversen Formen auf den Markt. Sie können beispielsweise in Fonds gesammelt, als Aktien an der Börse gehandelt oder in Beteiligungsgesellschaften angeboten werden. Das Geld, das wiederum in diese diversen Finanzierungsmöglichkeiten fließt, ist das Geld der Anleger: Im Falle der SNB sind es die Steuerzahlenden, bei den Pensionskassen die Arbeitnehmenden und bei den Versicherungen die PrämienzahlerInnen. Was für die Rüstungsindustrie Vorfinanzierung heisst, nennt sich auf der Seite des Schweizer Finanzplatzes Anlagen. Unser Geld ist Teil der globalen Kette der Kriegsgeschäfte. Durch diese Initiative entscheiden wir wieder selbst, was mit unserem Geld passiert und welche Unternehmen wir unterstützen wollen. Wir wollen entscheiden, was wir mit unserem Geld finanzieren.

Die Schweiz ist als neutrales Land verpflichtet, sich ohne UNO-Resolution nicht an zwischenstaatlichen Kriegen zu beteiligen und im Hinblick auf den Export von Rüstungsgütern alle Kriegsparteien gleich zu behandeln. Gemäss dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stellt die Schweiz ihre Neutralität zudem in den Dienst des Friedens und des Wohlstands. Die Finanzierung von Kriegsmaterialien steht im krassen Gegensatz dazu. Die Initiative ist somit auch eine Chance, der Schweiz endlich zu tatsächlicher Neutralität zu verhelfen.

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

Die Schweiz war bei der Ausarbeitung der Sustainable Development Goals involviert und hat diese unterzeichnet. Sie hat sich damit auch verpflichtet, zum Ziel 16.1 beizutragen, das vorsieht, dass bis 2030 alle Formen der Gewalt und die damit verbundenen Todesfälle signifikant reduziert werden. Die Finanzierung von Rüstungskonzernen führt nicht zu weniger, sondern zu mehr Gewalt und Todesfällen und läuft somit in die entgegengesetzte Richtung.

Schweizer Investitionen, die Kriege und Konflikte anheizen, müssen gestoppt werden. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu wissen, wie ihre Gelder angelegt werden. Länder und Kulturen zu zerstören und Leben auszulöschen ist einfacher, als Frieden zu stiften. Die Schweiz aber kann ihren Teil dazu beitragen und eine Vorreiterrolle beim Kampf für nachhaltigen Frieden einnehmen.

AUSWIRKUNGEN DER INITIATIVE FÜR FINANZAKTEURE

Silvio Krauss, Geschäftsleiter Oikocredit deutsche Schweiz

Viele Schweizerinnen und Schweizer sind gegen ihren Willen über ihre Pensionskassen an Kriegsgeschäften beteiligt. Investitionen hiesiger Finanzinstitutionen in Waffenproduzenten folgen oft einer eindimensionalen Anlageselektion nach ausschliesslich profitorientierten Kriterien und gefährden damit die nachhaltige Entwicklung in vielen Teilen der Welt sowie das Engagement der neutralen Schweiz dafür.

Finanzierer tragen eine Verantwortung für die Folgen ihrer Investitionsentscheide. Die Initiative für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten zeigt das auf. Wir möchten, dass Schweizer Pensionskassen, Stiftungen und der Nationalbank zukünftig jene Investitionen untersagt sind, welche mit einigen der schlimmsten Auswirkungen einhergehen.

Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten sind nicht nötig für den Erfolg von Finanzakteuren, weder in der Schweiz noch international. Was die Initiative verlangt, wird von verschiedenen Finanzinstitutionen bereits umgesetzt. Die effizienten Instrumente dafür hat der Markt längst entwickelt und sind verbreitet. Die Branche meistert heute regulatorische Vorschriften, welche in der Umsetzung wesentlich anspruchsvoller sind als es die Initiative sein wird.

Pioniere einer nachhaltigen Finanzwirtschaft beweisen seit vielen Jahren und Jahrzehnten, dass Anlagevermögen zur Finanzierung einer positiven Entwicklung genutzt werden können. Als Beispiel vertrete ich Oikocredit deutsche Schweiz. Wir vereinigen Privatpersonen und Institutionen, welche mittels einer sozial-ethischen Geldanlage bei Oikocredit International sicherstellen, dass ihr Vermögen nicht bloss eine finanzielle Rendite erwirtschaftet, sondern die bestmögliche soziale und ökologische Wirkung entfaltet. Seit über 40 Jahren finanziert die sozial orientierte Investmentgenossenschaft Oikocredit International Mikrofinanzinstitute, Fair-Trade-Kooperativen und soziale KMU in über 70 Entwicklungsländern.

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

Das Anliegen der Initiative entspricht der Gründungsgeschichte von Oikocredit International. Als die Genossenschaft 1975 als Initiative des ökumenischen Weltkirchenrats gegründet wurde, gaben insbesondere der Krieg in Vietnam und das Apartheid-Regime in Südafrika Anlass dazu. Die Initianten wollten verhindern, dass Ihre Vermögen auf Umwegen via Banken und Finanzakteure in die Finanzierung dieser und ähnlicher Machenschaften fliessen. Die Aktualität dieses Themas ist bis heute unverändert.

Investiertes Geld hat eine Wirkung. Was bewirkt unser Schweizer Geld? Wir sind überzeugt: statt Kriege zu finanzieren, soll es Nutzen stiften.



BÜNDNIS FÜR EIN VERBOT VON KRIEGSGESCHÄFTEN

- AL Zürich
- Alternative Kanton Zug
- Attac
- BastA!
- cfd – die feministische Friedensorganisation
- Collectif Vaudois de Soutien aux Sans Papiers
- Cuisine sans Frontières
- Demokratische JuristInnen Schweiz
- Frauen für den Frieden
- Freistaat unteres Kleinbasel
- FreundInnen und Freunde der Neuen Wege
- Friedensdorf Broc
- FriedensFrauen Weltweit
- Gesellschaft Schweiz Palästina
- Grüne Partei Schweiz
- GSoA / GSsA
- ICAN Switzerland
- International Peace Bureau
- Jeunes POP
- Junge Alternative JA!
- Junge Grüne
- JUSO
- Kritische Politik an den Hochschulen Zürichs
- Liste 13
- MultiWatch
- Occupy Basel
- OeME-Kommission der Evangelisch-reformierten Gesamtkirchgemeinde Bern
- Oikocredit deutsche Schweiz
- Partei der Arbeit Schweiz
- Peace Watch Switzerland
- Religiös-Sozialistische Vereinigung der Deutschschweiz
- Schweizerische Friedensbewegung
- Schweizerischer Friedensrat
- SCI Schweiz
- Solidarité sans frontières
- Solifonds
- SP Schweiz
- Stand Up for Refugees
- VPOD
- WILPF – Women's International League for Peace and Freedom

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

INITIATIVKOMITEE

- **Maria Ackermann** Vorstandsmitglied des Schweizerischen Friedensrates
- **Angelo Barrile** Nationalrat SP, Hausarzt
- **Sebastian Büchler** GSoA-Sekretär, Vorstandsmitglied Cuisine sans frontières
- **Michael Christen** GSoA-Sekretär
- **Daniela Fischer** GSoA-Vorstand
- **Luzian Franzini** Co-Präsident Junge Grüne Schweiz
- **Tamara Funciello** Präsidentin JUSO Schweiz, Stadträtin Bern
- **Balthasar Glättli** Nationalrat Grüne
- **Maja Haus** Generalsekretärin Junge Grüne Schweiz
- **Amanda Ioset** Geschäftsleiterin Solidarité sans frontières, Parteileitung Partei der Arbeit Schweiz
- **Eva Krattiger** GSoA-Sekretärin, Stadträtin JA! Bern
- **Magdalena Küng** GSoA-Sekretärin, Wohnerrätin Grüne Wohlen AG
- **Josef Lang** GSoA-Vorstand, Historiker
- **Lewin Lempert** GSoA-Sekretär, Geschäftsleitungsmitglied JUSO Schweiz
- **Ada Marra** Nationalrätin SP
- **Lisa Mazzone** Nationalrätin, Vizepräsidentin Grüne Schweiz
- **Kevin Morisod** Co-Präsident Junge Grüne Schweiz
- **Youniss Mussa** GSsA-Sekretär
- **Andreas Nufer** Pfarrer Heiliggeistkirche Bern
- **Judith Schmid** GSoA-Sekretärin, Stadträtin PdA Biel, Vorstandsmitglied Stand Up for Refugees
- **Judith Schmutz** Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz
- **Tobias Schnebli** Stadtrat solidarités Genf
- **Louise Schneider** GSoA-Vorstand
- **Basil Schöni** GSoA-Sekretär
- **Natascha Wey** Co-Präsidentin SP Frauen
- **Laura Würslin** Junge Grüne Kanton Bern
- **Jean Ziegler**

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

KURZARGUMENTARIUM

FÜR EIN VERBOT VON KRIEGSGESCHÄFTEN

Mit der Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» soll Schweizer Finanzakteuren Investitionen in die Rüstungsindustrie verboten werden: Schweizer Geld soll nicht länger zur Finanzierung von Kriegsmaterial und somit zur Unterstützung von Kriegen weltweit missbraucht werden. Neben den direkten Kriegsmaterialexporten spielt der Schweizer Finanzplatz eine zentrale Rolle bei Kriegsgeschäften. Die Schweiz hat einen der grössten und wichtigsten Finanzplätze der Welt. 2015 wurden hier 6,6 Billionen Franken verwaltet.⁷ Alleine Schweizer Grossbanken investierten 2014 pro EinwohnerIn 798 USD in Unternehmen, die nukleare Rüstungsgüter herstellen. In Deutschland lag dieser Wert bei 122 USD und in Österreich bei 9 USD.⁸ Dieser Vergleich zeigt das aussergewöhnliche Ausmass der Kriegsgeschäfte in der Schweiz. Bei diesen Zahlen nicht eingerechnet sind Investitionen der Nationalbank, der Pensionskassen und vielen weiteren Finanzakteuren. Das Geld, welches über den Schweizer Finanzplatz in die Rüstungsindustrie gelangt, macht uns zu KomplizInnen jener Produktionsfirmen, die Profit aus den Opfern der Kriege schlagen. Die Schweiz als neutrales Land und als Depositärstaat der Genfer Konventionen kann sich diese Politik der Profitmaximierung auf Kosten von Menschenleben nicht erlauben.

DER SCHWEIZER FINANZPLATZ

Die Schweiz hat einen der grössten und bedeutendsten Finanzplätze weltweit. Die Stadt Zürich ist gemäss dem «Global Financial Centers Index 20» auf Platz 9 der 87 weltweit wichtigsten Finanzmarktzentren.⁹ Mit einem Marktanteil von 25% des weltweiten Vermögensverwaltungsgeschäftes ist die Schweiz die wichtigste Akteurin in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung.¹⁰ Nebst den Banken und Versicherungen kommen diverse öffentlich-rechtliche Finanzinstitute hinzu. Wichtigste Institution ist hier die Schweizerische Nationalbank (SNB) mit einer Bilanzsumme von 640 Milliarden Franken.¹¹ Zudem gibt es in der Schweiz knapp 1800 Pensionskassen mit einer Bilanzsumme von mehr als 788 Milliarden Franken.¹²

SCHWEIZER KRIEGSGESCHÄFTE

Über den Schweizer Finanzplatz werden Milliardenbeträge investiert und angelegt. Ein Teil dieses Geldes fliesst in Unternehmen, die Kriegsmaterial produzieren. Dabei werden nicht nur Konzerne unterstützt, die schwere Waffen wie Panzer, Artillerie und Kriegsschiffe oder leichte Waffen wie Gewehre, Munition oder Handgranaten produzieren. Es fliesst auch Geld in Firmen, die geächtetes Kriegsmaterial wie Atomwaffen, biologische und chemische Waffen sowie Streumunition und Anti-Personenminen herstellen. Unter die wichtigsten Akteure fallen folgende:

- **Grossbanken:** Die beiden Schweizer Grossbanken Credit Suisse und UBS waren im Jahr 2015 mit 1,0 bzw. 5,6 Milliarden Franken an Produzenten von nuklearen Rüstungsgütern beteiligt.¹³
- **Schweizerische Nationalbank (SNB):** Die SNB investierte im Jahr 2016 über 800 Millionen Dollar in Atomwaffenproduzenten.¹⁴
- **Pensionskassen:** Es ist davon auszugehen, dass zwischen 4 und 12 Milliarden Franken aus schweizerischen Pensionskassen in Rüstungskonzerne fliessen.¹⁵

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

Neben diesen Hauptakteuren gibt es weitere Kapitalmarktteilnehmende wie z.B. Stiftungen, Investmentgesellschaften, Versicherungen, Kantonalbanken oder Investmentfonds, bei denen Investitionen in Rüstungskonzerne getätigt werden. Nicht bei allen Beteiligten ist der Investitionsumfang bekannt. Bereits die oben genannten Beispiele aber machen deutlich, welche horrenden Ausmasse die Kriegsgeschäfte in der Schweiz annehmen.

WO UNSER GELD INVESTIERT WIRD

Im Folgenden werden die fünf grössten Rüstungskonzerne weltweit, die Schweizer Beteiligungen daran und deren Verwicklung in Kriege und Konflikte aufgezeigt.

- Der Konzern **Lockheed Martin** ist das grösste Rüstungsunternehmen der Welt. Die UBS besass im Jahr 2015 Anteile in der Höhe von 532 Millionen USD an diesem Konzern.¹⁶ Die Vereinigten Arabischen Emirate bombardierten mit von Lockheed Martin produzierten F-16-Kampffjets Stellungen in Syrien und im völkerrechtswidrigen Jemen-Krieg.
- **Boeing** ist ein US-Konzern, welcher oft nicht als Rüstungskonzern bezeichnet wird. Dem widerspricht jedoch ein Rüstungsanteil am Gesamtumsatz von 28%.¹⁷ Die SNB hatte im 2. Quartal 2016 mindestens 229 Millionen USD in Boeing investiert.¹⁸ Boeing ist unter anderem am Geschäft mit Nuklearwaffen beteiligt.¹⁹
- **BAE Systems** ist ein britischer Rüstungskonzern. Die UBS hat auch von diesem Konzern einen Aktienanteil von mindestens 1%²⁰ und die Credit Suisse hat zwischen 2012 und 2015 mindestens 130 Millionen Franken in den Konzern investiert.²¹
- Trotz der Produktion von international geächteter Streumunition hat die SNB 2016 mindestens 113 Millionen USD in **Raytheon** investiert.²² Deren Material kam unter anderem im Irak-Krieg zum Einsatz: So wurden allein in den ersten 13 Tagen des Krieges 700 Cruise-Missiles verschossen, die pro Stück zwischen 600 000 und 1 000 000 USD kosten.²³
- In **Northrop Grumman** ist die SNB mit mindestens 113 Millionen²⁴ und die Credit Suisse mit mindestens 200 Millionen investiert.²⁵ Auch Northrop Grumman ist im Atomwaffengeschäft tätig.²⁶

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

DIE INITIATIVE

Laut Amnesty International sterben jedes Jahr mindesten eine halbe Million Menschen in bewaffneten Konflikten und Kriegen.²⁷ Viele Millionen mehr werden in Kriegs- und Konfliktsituationen verletzt, vergewaltigt und gezwungen, aus ihrer Heimat zu flüchten. Die schlechte Regulierung des Waffenhandels ist mit ein Grund für dieses grosse Elend. Die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» will, dass die Schweiz ihren Beitrag zu einer friedlichen Welt leistet und sicherheitspolitisch Verantwortung übernimmt. Investitionen in Firmen, die Kriegsmaterial, also beispielsweise Atomwaffen, Panzer, Kleinkaliberwaffen oder Munition herstellen, sollen mit der Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» verhindert werden. Damit würde die Schweiz einen essentiellen Beitrag zur Lösung der unmenschlichen Fluchtsituation leisten. Die Initiative zielt darauf ab, insbesondere den Geldfluss in die ausländische Rüstungsindustrie zu unterbinden.

Eidgenössische Volksinitiative

«Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Die Volksinitiative lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 107a Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

¹ Der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge ist die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt.

² Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Davon ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Jagd- und Sportwaffen und die zugehörige Munition.

³ Als Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten gelten:

- die Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen oder vergleichbaren finanziellen Vorteilen an Kriegsmaterialproduzenten;
- die Beteiligung an Kriegsmaterialproduzenten und der Erwerb von Wertschriften, die durch Kriegsmaterialproduzenten ausgegeben werden;
- der Erwerb von Anteilen an Finanzprodukten, wie kollektiven Kapitalanlagen oder strukturierten Produkten, wenn diese Finanzprodukte Anlageprodukte im Sinne von Buchstabe b enthalten.

⁴ Der Bund setzt sich auf nationaler und internationaler Ebene dafür ein, dass für Banken und Versicherungen entsprechende Bedingungen gelten.

Art. 197 Ziff. 12

12. Übergangsbestimmung zu Art. 107a (Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten)

¹ Treten innerhalb von vier Jahren nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg; diese gelten bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen.

² Nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände dürfen keine neuen Finanzierungen gemäss Artikel 107a mehr getätigt werden. Bestehende Finanzierungen müssen innerhalb von vier Jahren abgestossen werden.

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

HAUPTARGUMENTE

Heutzutage werden unsere Pensionskassengelder und unser Volksvermögen bei der Nationalbank in Rüstungskonzerne investiert. Die Pensionskassen investieren zwischen 4 und 12 Milliarden Franken in Rüstungskonzerne und die SNB investierte 2016 über 800 Millionen Franken alleine in Atomwaffenproduzenten. Mit der Kriegsgeschäfte-Initiative ist Schluss damit!

DIE INITIATIVE BEKÄMPFT FLUCHTURSACHEN

Seit dem 2. Weltkrieg waren nie so viele Menschen auf der Flucht wie heute. Der Grossteil der Menschen flüchtet vor aktuellen Kriegen oder den Folgen vergangener Konflikte. Die Rüstungsindustrie profitiert von diesen Konflikten und heizt sie mit ihren Waffenlieferungen zusätzlich an. Die Initiative bekämpft Fluchtursachen, indem sie für weniger Waffen in Kriegsgebieten sorgt.

DIE INITIATIVE LEISTET EINEN BEITRAG ZU EINER FRIEDLICHEREN WELT

Waffen sind kein Produkt wie jedes andere. Sie werden hergestellt, um Menschen zu töten. Möglichst viele, möglichst effizient. Kriegsmaterialproduzenten bereichern sich am Verkauf von Waffen, die dann in Kriegsgebieten Menschen töten. Die Schweiz als grösster und wichtigster Finanzplatz der Welt spielt dabei eine entscheidende Rolle: Schweizerische Finanzinstitute wie die Nationalbank oder die Grossbanken investieren jährlich Milliarden in das Geschäft mit dem Tod. Mit der Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» wird diesem Treiben ein Riegel geschoben.

DIE INITIATIVE SCHÜTZT DIE NEUTRALITÄT DER SCHWEIZ

Die Schweiz hat den Anspruch, neutral zu sein. Wenn aber Milliarden von Schweizer Franken in Kriege und Konflikte fliessen, widerspricht dies der schweizerischen Neutralität. Die Schweiz ist kein Land, das sich militärisch einmischt. Mit der Initiative wird dafür gesorgt, dass auch die Finanzierung von militärischer Einmischung und Interventionspolitik verboten wird.

DIE INITIATIVE IST VORAUSSETZUNG FÜR EINE GLAUBWÜRDIGE SICHERHEITS- UND AUSSENPOLITIK

Die Neutralität und die humanitäre Tradition sind Grundwerte unseres Landes. Wenn aber Geld aus der Schweiz dieselben Konflikte anheizt, für die die Schweiz diplomatische Lösungen sucht, ist dies ein Widerspruch. Geopolitisch ist die Rolle der Schweiz als glaubwürdige, neutrale Partnerin für direkte Vermittlungen wichtig. Die Schweiz soll sich in ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik auf ihre Stärken fokussieren und ihre Politik nicht durch widersprüchliche Kriegsförderung torpedieren.

DIE INITIATIVE GIBT UNS EIN MITSPRACHERECHT ÜBER DAS VOLKSVERMÖGEN

Heute entscheidet die Schweizerische Nationalbank (SNB) allein, wo und wie sie unser Volksvermögen investieren will. Auch bei vielen Pensionskassen entscheiden einige wenige AnlageberaterInnen, wie unsere Renten investiert werden. Mit der Kriegsgeschäfte-Initiative können wir verhindern, dass unser Geld in Rüstungskonzerne fließt. Die Initiative führt nicht nur zu mehr Mitsprache, über unser Geld, sie zwingt den Finanzplatz auch zu mehr Transparenz.

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»



FAQ – OFT GESTELLTE FRAGEN ZUR KRIEGSGESCHÄFTE-INITIATIVE

WAS FORDERT DIE INITIATIVE GENAU?

Die Initiative verlangt, dass jegliche Art von Finanzierung (Kredite, Darlehen, Schenkungen, Aktienerwerb, Anteile an kollektiven Kapitalanlagen oder strukturierten Produkten) von Kriegsmaterialproduzenten durch die Schweizerische Nationalbank (SNB), Institutionen der staatlichen und beruflichen Vorsorge und schweizerische Stiftungen verboten wird. Zudem soll sich der Bund auf nationaler und internationaler Ebene für sinngleiche Bedingungen für Banken und Versicherungen einsetzen. Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mindestens 5% ihres Umsatzes mit Kriegsmaterial erwirtschaften. Davon ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Jagd- und Sportwaffen und zugehörige Munition.

WIESO WERDEN BANKEN UND VERSICHERUNGEN IM INITIATIVTEXT SEPARAT AUSGEFÜHRT?

Banken und Versicherungen haben sehr einfache Möglichkeiten, ihr Geld via Ausland in Kriegsmaterialproduzenten zu investieren und ein allfälliges Verbot zu umgehen. Ein Totalverbot wäre somit nicht umsetzbar, weshalb die InitiantInnen eine ehrliche Variante gewählt haben. Die separate Aufführung unterstreicht jedoch, dass der Gesetzgeber im Falle einer Annahme der Initiative in der Verantwortung steht, sinngleiche Bedingungen für Banken und Versicherungen auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern.

GEFÄHRDET DIE INITIATIVE UNSERE PENSIONSKASSENGELDER?

Nein. Pensionskassen können den Teil, den sie im Bereich «Aktien Ausland» anlegen, ohne grossen Aufwand in (aktiv oder passiv verwaltete) Indizes investieren, die Kriegsmaterialproduzenten ausschliessen. Da Kriegsgeschäfte nicht rentabler sind als andere Investitionen, gefährdet die Initiative unsere Pensionskassengelder in keiner Weise (siehe nächste Frage).

SIND INVESTITIONEN IN DIE RÜSTUNGSINDUSTRIE BESONDERS RENTABEL?

Investitionen in die Rüstungsindustrie sind nicht rentabler als andere Investitionen. Es gibt gute Beispiele, die aufzeigen, dass Investitionen in Rüstungskonzerne sogar weniger rentabel und statistisch gesehen riskanter sind als andere Investitionen.²⁸

WESHALB WERDEN SIE DANN TROTZDEM GETÄTIGT?

In vielen Ländern sind nachhaltige Anlagen bereits weit verbreitet. Die Schweiz und insbesondere die Schweizer Pensionskassen hinken dieser Entwicklung hinten nach. Viele Anlageverantwortliche investieren in herkömmliche Indexfonds, weil das schon immer so gemacht wurde. Auf ethisch vertretbare und nachhaltige Anlagestrategie umzusatteln ist aber auch heute bereits ohne Verluste oder technische Komplikationen machbar, wie dies einzelne Investoren beweisen.²⁹ Dass dennoch nicht alle Akteure freiwillig auf vertretbare Investitionen wechseln macht die Notwendigkeit der Initiative deutlich.



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

GEFÄHRDET DIE INITIATIVE DIE SCHWEIZER RÜSTUNGSKONZERNE?

Nein. Es gibt heute vier grosse Rüstungskonzerne in der Schweiz:

- Pilatus Aircraft produziert grossmehrerlich besondere militärische Güter. Diese gelten in der Schweiz nicht als Kriegsmaterial und werden somit von der Initiative nicht berührt.
- Mowag und Rheinmetall Air Defense gehören zu international tätigen Grosskonzernen, die von weltweiten Finanzgebern abhängig sind. Die Initiative verlangt lediglich, dass die Schweizerische Nationalbank, Schweizer Pensionskassen und Schweizer Stiftungen in keiner Weise Kriegsmaterialproduzenten finanzieren dürfen. Dies gefährdet die Finanzierung internationaler Unternehmen nicht grundsätzlich.
- Die RUAG ist ein Staatskonzern und wird durch den Bund finanziert, welcher von der Initiative nicht betroffen ist.

WELCHE AUSWIRKUNGEN HAT DIE INITIATIVE AUF DEN FINANZPLATZ SCHWEIZ?

Bereits heute existieren Finanzmarktinstrumente, die Investitionen in Kriegsmaterialproduzenten ausschliessen und alle Anlagebedürfnisse abdecken. Gerade für institutionelle Anleger wie die Schweizerische Nationalbank und die Pensionskassen, die primär von der Initiative betroffen sind, existieren rüstungsfreie Indexfonds, welche von der Alternativen Bank Schweiz bis zur UBS angeboten werden.³⁰ Deshalb gefährdet die Initiative den Finanzmarkt Schweiz nicht. Stattdessen ist es eine Chance für unseren Finanzplatz, innovative und nachhaltige Produkte zu entwickeln und anzubieten.

WENN DIE SCHWEIZ NICHT MEHR IN KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN INVESTIERT, INVESTIEREN EINFACH ANDERE AKTEURE. WAS BRINGT DIE INITIATIVE ÜBERHAUPT?

Als einer der grössten Finanzplätze weltweit hat die Schweiz eine besondere Verantwortung. Wenn sich die Schweiz zu einem Ausstieg aus der Finanzierung von Kriegsmaterial entscheidet, ist das für den globalen Finanzmarkt mehr als nur eine Randnotiz: Rund 25 Prozent des gesamten Privatvermögens der Welt werden in der Schweiz verwaltet. Zudem verlangt die Initiative vom Gesetzgeber, sich auf internationaler Ebene für eine Regulierung der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten einzusetzen.

WAS BEDEUTET DIE INITIATIVE FÜR DIE RUAG HOLDING AG UND IHRE TOCHTERGESELLSCHAFTEN?

Als Unternehmen fällt die RUAG Holding AG (inkl. Tochtergesellschaften) unter den Abs. 2 der Initiative und zählt als Kriegsmaterialproduzent. Die in Abs. 1 genannten Finanzakteure dürfen also nicht in die RUAG investieren. Die RUAG ist aber insofern ein Sonderfall, als dass die Schweizerische Eidgenossenschaft deren Alleinaktionärin ist. Die RUAG ist deshalb ein öffentliches Unternehmen, an dem sich keine weiteren Akteure beteiligen können. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) ist für die Abwicklung der finanziellen Geschäfte des Bundes, also auch für Geschäfte im Zusammenhang mit der RUAG, zuständig. Diese Tätigkeit ist weiterhin möglich, da die SNB in ihrer Beziehung zur Eidgenossenschaft wie ein Teil der Bundesadministration, nicht aber als Finanzakteur im Sinne der Initiative zu behandeln ist.

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

BLEIBT DIE AUSRÜSTUNG VON POLIZEIKORPS GEWÄHRLEISTET?

Polizeiwaffen fallen unter die Kriegsmaterialgesetzgebung und sind somit juristisch gesehen von einem Investitionsverbot betroffen. Die Hersteller von Polizeiwaffen, die in der Schweiz verwendet werden (in vielen Kantonen z.B. Waffen der Firma Heckler&Koch), sind mittelgrosse Unternehmen, weshalb allfällige Investitionen durch institutionelle Anleger wie die Schweizerische Nationalbank oder Institutionen der beruflichen und staatlichen Vorsorge mit hoher Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden können. Diese investieren (via Indizes, bspw. MSCI World) viel mehr in die weltweit grössten Rüstungskonzerne. Für die InitiantInnen der Kriegsgeschäfte-Initiative ist klar, dass die Ausrüstung für Polizeikorps in der Schweiz gewährleistet bleiben muss. Sie wären deshalb mit einer entsprechenden Ausnahmeklausel auf Gesetzesebene einverstanden.

GEFÄHRDET DIE INITIATIVE DIE VERSORGUNG DER ARMEE?

Die Armee kann – sofern sie dies will – weltweit Rüstungsgüter zur Eigennutzung einkaufen. Zur heimischen Rüstungsindustrie siehe Frage «Gefährdet die Initiative die Schweizer Rüstungskonzerne?».

KEIN SCHWEIZER GELD FÜR DIE KRIEGE DIESER WELT!

VOLKSINITIATIVE «FÜR EIN VERBOT DER FINANZIERUNG VON KRIEGSMATERIALPRODUZENTEN»



KRIEGSGESCHÄFTE INITIATIVE

QUELLEN

- ¹ <http://www.swissbanking.org/de/finanzplatz/finanzplatz-in-zahlen/der-schweizer-bankensektor-1> [31.03.2017]
- ² FINMA, Bericht über den Versicherungsmarkt 2015, 2016, S. 5. [20.03.2017]
- ³ https://www.snb.ch/de/i/about/snb/annacc/id/snb_annac_balance [20.03.2017]
- ⁴ http://www.compenswiss.ch/asset/de/?page_name=asset [20.03.2017]
- ⁵ Bundesamt für Statistik, Die berufliche Vorsorge in der Schweiz. Kennzahlen der Pensionskassenstatistik 2011–2015, S. 9, [21.03.2017]
- ⁶ Beispielsweise von der Alternativen Bank Schweiz: ABS, Auszug aus den ABS-Kriterien im Anlagegeschäft. Faktenblatt, Stand Juli 2013.
- ⁷ <http://www.swissbanking.org/de/finanzplatz/finanzplatz-in-zahlen/der-schweizer-bankensektor-1> [20.03.2017]
- ⁸ Zahlen basierend auf Snyder, S./van der Zeijden, W./Beenes, M. (2015): Don't bank on the bomb. Pax, Utrecht, S. 32ff.
- ⁹ http://www.longfinance.net/images/gfci/20/GFCI20_26Sep2016.pdf, S. 4. [20.03.2017]
- ¹⁰ <http://www.swissbanking.org/de/finanzplatz/finanzplatz-in-zahlen/der-schweizer-bankensektor-1> [20.03.2017]
- ¹¹ https://www.snb.ch/de/i/about/snb/annacc/id/snb_annac_balance [20.03.2017]
- ¹² Bundesamt für Statistik, Die berufliche Vorsorge in der Schweiz. Kennzahlen der Pensionskassenstatistik 2011–2015, S. 9, [21.03.2017]
- ¹³ Snyder, S./van der Zeijden, W./Beenes, M. (2016): Don't bank on the bomb. Pax, Utrecht, S. 79, 99.
- ¹⁴ <http://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/die-umstrittenen-investments-der-nationalbank/story/12911445> [23.10.16].
- ¹⁵ <http://www.blick.ch/news/mords-geschaeft-mit-rentengeldern-pensionskassen-stecken-milliarden-in-ruestungsfirmen-id4901304.html> [23.10.16].
- ¹⁶ Snyder, S./van der Zeijden, W./Beenes, M. (2016): Don't bank on the bomb. Pax, Utrecht, S. 99.
- ¹⁷ <http://www.boeing.com/company/general-info/>
- ¹⁸ https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1582202/000158220216000007/xslForm13F_X01/InfoTable_Q22016_V3.xml.
- ¹⁹ <http://www.dontbankonthebomb.com/boeing/> [22.03.2017]
- ²⁰ <http://www.dontbankonthebomb.com/hall-of-shame-2015-u/#toggle-ubs-switzerland> [24.03.2017]
- ²¹ <http://www.dontbankonthebomb.com/2015-hall-of-shame-c/#toggle-credit-suisse-switzerland> [24.03.2017]
- ²² https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1582202/000158220217000001/xslForm13F_X01/InfoTable_Q42016.xml [24.03.2017]
- ²³ <https://www.welt.de/print-welt/article567882/US-Ruestungskonzerne-profitieren-von-Kriegsausgaben.html> [24.03.2017].
- ²⁴ https://www.sec.gov/Archives/edgar/data/1582202/000158220217000001/xslForm13F_X01/InfoTable_Q42016.xml [24.03.2017]
- ²⁵ Snyder, S./van der Zeijden, W./Beenes, M. (2016): Don't bank on the bomb. Pax, Utrecht, S. 79
- ²⁶ <http://www.dontbankonthebomb.com/trident-renewal-the-companies-behind-the-missiles/> [24.03.2017]
- ²⁷ Amnesty International: Banks, Arms and Human Rights Violation. Luxemburg, 2016. S.5
- ²⁸ <https://shareaction.org/wp-content/uploads/2016/05/WWFGermanReport.pdf> [31.03.17]
- ²⁹ Beispielsweise die Alternative Bank Schweiz (<https://www.abs.ch/de/firmen-institutionen/geld-anlegen/verantwortungsbewusst-anlegen/> [31.03.17]) oder die Pensionskasse der Stadt Zürich (<https://www.pkzh.ch/pkzh/de/index/nachhaltigkeitspolitik/ausschlussliste1.html> [31.03.17])
- ³⁰ <https://www.ubs.com/ch/de/asset-management/etf-institutional/investment-themes/socially-responsible-etfs.html> [31.03.2017]

BEILAGE

- Unterschriftenbogen



Eidgenössische Volksinitiative

«Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten»

Im Bundesblatt veröffentlicht am 11.04.2017. Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger stellen hiermit, gestützt auf Art. 34, 136, 139 und 194 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 68ff., folgendes Begehren:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 107a Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten

¹ Der Schweizerischen Nationalbank, Stiftungen sowie Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge ist die Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten untersagt.

² Als Kriegsmaterialproduzenten gelten Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Jahresumsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erzielen. Davon ausgenommen sind Geräte zur humanitären Entminung sowie Jagd- und Sportwaffen und deren zugehörige Munition.

³ Als Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten gelten:

- a. die Gewährung von Krediten, Darlehen und Schenkungen oder vergleichbaren finanziellen Vorteilen an Kriegsmaterialproduzenten;
- b. die Beteiligung an Kriegsmaterialproduzenten und der Erwerb von Wertschriften, die durch Kriegsmaterialproduzenten ausgegeben werden;
- c. der Erwerb von Anteilen an Finanzprodukten, wie kollektiven Kapitalanlagen oder strukturierten Produkten, wenn diese Finanzprodukte Anlageprodukte im Sinne von Buchstabe b enthalten.

⁴ Der Bund setzt sich auf nationaler und internationaler Ebene dafür ein, dass für Banken und Versicherungen entsprechende Bedingungen gelten.

Art. 197 Ziff. 12

12. Übergangsbestimmung zu Art. 107a (Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten)

¹ Treten innerhalb von vier Jahren nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen nicht in Kraft, so erlässt der Bundesrat die nötigen Ausführungsbestimmungen auf dem Verordnungsweg; diese gelten bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen.

² Nach Annahme von Artikel 107a durch Volk und Stände dürfen keine neuen Finanzierungen gemäss Artikel 107a mehr getätigt werden. Bestehende Finanzierungen müssen innerhalb von vier Jahren abgestossen werden.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für eine Volksinitiative fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Kanton:			PLZ:	Politische Gemeinde:			mehr Informationen	Kontrolle (leer lassen)
Name (eigenhändig)	Vornamen (eigenhändig)	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift				
1								
2								
3								
4								
5								
6								
7								
8								
9								
10								

Ablauf der Sammelfrist: 11.10.2018

Das Initiativkomitee, bestehend aus nachstehenden Urheberinnen und Urhebern, ist berechtigt, diese Volksinitiative mit absoluter Mehrheit seiner noch stimmberechtigten Mitglieder zurückzuziehen: **Maria Ackermann**, Mätteliweg 5, 8134 Adliswil, **Angelo Barrile**, Sihlquai 282, 8005 Zürich, **Sebastian Büchler**, Kreuzwiesen 9, 8051 Zürich, **Michael Christen**, Hauptstrasse 3, 3475 Riedtwil, **Daniela Fischer**, Bremgartnerstrasse 142, 8953 Dietikon, **Luzian Franzini**, Lerchenweg 6, 6343 Rotkreuz, **Tamara Funicello**, Bürglenstrasse 50, 3006 Bern, **Balthasar Glättli**, Höggerstrasse 148, 8037 Zürich, **Amanda Isset**, Rue des Parcs 15, 2000 Neuchâtel, **Eva Krattiger**, Melchtalstrasse 6, 3014 Bern, **Magdalena Küng**, Waltenschwilerstrasse 3, 5610 Wohlen, **Josef Lang**, Blumenbergstrasse 42, 3013 Bern, **Lewin Lempert**, Müllerstrasse 48, 8004 Zürich, **Maja Haus**, Falkengasse 3, 5200 Brugg, **Ada Marra**, Rue Dr César-Roux 20, 1005 Lausanne, **Lisa Mazzone**, Rue Jean-Charles Amat 24, 1202 Genève, **Kevin Morisod**, Route de Vassereule 5B, 1868 Colombey, **Youniss Mussa**, Chemin de Carabot 35, 1233 Bernex, **Andreas Nufer**, Sulgenheimweg 7, 3007 Bern, **Judith Schmid**, Champagneallee 31, 2502 Biel, **Judith Schmutz**, Wydemattweg 16, 6026 Rain, **Tobias Schnebli**, Rue de Bâle 17, 1201 Genève, **Louise Schneider**, Talbrünnliweg 33, 3097 Liebefeld, **Basil Schöni**, Reichenbachstrasse 15, 3004 Bern, **Natascha Wey**, Mutschellenstrasse 44, 8002 Zürich, **Laura Würslin**, Kirchstrasse 148, 3084 Wabern, **Jean Ziegler**, Chemin de la Croix-de-Plombe 13A, 1281 Russin

Die unterzeichnende Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende ___ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Volksinitiative in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: _____ Eigenhändige Unterschrift: _____

Datum: _____ Amtliche Eigenschaft: _____

Amtsstempel:

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt sofort zurückzusenden, bis spätestens 31.08.2018, an: Bündnis für ein Verbot von Kriegsgeschäften, Postfach 1515, 8031 Zürich